



¹Die FDP - Fraktion Im Rat der Gemeinde Odenthal

Fraktionsvorsitzender: Walter Nobbe
Am Hagen 4, 51519 Odenthal
Tel. 02174-7439-44 und Fax -46
E-mail: walternobbe@gmx.de

Stv. Vorsitzender: Hans-Josef Schmitz

Es gilt das gesprochene Wort.

FDP – Haushaltsrede 2005, 01.03.2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer

die FDP wird wie in den vergangenen Jahren das Mögliche versuchen, den Haushalt so zu beeinflussen, dass nicht nur die zukünftigen **Herausforderungen** bewältigt werden, sondern die Gemeinde auch **weiterentwickelt** und **gestaltet** werden kann. Also nicht nur reagieren, sondern auch agieren

Zur Gestaltung gehört auch, dass wir alle aus der Vergangenheit bzw. Irrtümern lernen. Evolutionsbiologisch ist das die wertvollste Eigenschaft des homo sapiens. Man verbrennt sich die Finger und meidet die Glut. Spezies, die sich auf veränderte Umweltbedingungen nicht einzustellen vermögen, sterben aus.

So betrachtet, scheinen sich einige der Entscheidungsträger hier in der **Steinzeit** zu befinden. Wie das Budget Jahr für Jahr kommentiert wird, lässt den Schluss zu, dass es um die Lern- und Anpassungsfähigkeit z.B. unseres Bürgermeisters schlecht bestellt ist. Seit Jahren werden die Zahlen nur fortgeschrieben und immer dunklere Bilder und Szenarien an die Wand gemalt.

Für das vor uns liegende Jahr heißt es bei ihm: *„...mit dem Zahlenwerk, dem Haushaltsplan 2005, können wir alle nicht zufrieden sein. Wir haben zwar einen formal ausgeglichenen Haushalt, jedoch einen **unecht** ausgeglichenen Haushalt,“ unecht deshalb, „weil nur durch eine Entnahme aus der Rücklage die Deckung von Einnahmen und Ausgaben erreicht wird.“*

Auch der Beigeordnete hat für das Jahr 2004 noch dargestellt, wie sich bei anderen Kommunen das **Krankheitsbild** der nicht ausgeglichenen Haushalte ausbreitet, wobei die leichteste Form die Rückzuführungen darstellen würden, was sich aber schnell zu einem mittelschweren Krankheitsbild, nämlich dem Haushaltssicherungskonzept entwickeln oder gar zum Nothaushalt führen könne.

Die leichte Form dieser **Krankheit** haben wir nun, denn für 2005 verkündet er: „Der Haushaltsplanentwurf 2005 kann **nur mit einer Stützung** durch eine Rückzuführung an den Verwaltungshaushalt in Höhe von“ **814 Tsd. Euro** „der gesetzlichen Vorgabe entsprechend ausgeglichen dargestellt werden.“

Anstatt **Konsequenzen** zu ziehen, flüchtet man sich in waghalsige Prognosen. Beispielsweise handele es sich beim strukturellen Defizit 2005 nur um eine „Delle“, ab 2006 würde alles wieder besser. So der Beigeordnete!

Als Verursacher werden unter anderem die Bundes- und Landesregierung ausgemacht (allein aus Harz IV 470 Tsd. € Mehrbelastungen).

Das ist aber nur zum Teil richtig, da die Personal- und insbesondere Sachkosten der Gemeinde seit Jahren einen Anstieg weit über der Inflationsrate aufweisen.

Im übrigen möchten wir an dieser Stelle nach Risiken fragen, die im Haushalt evtl. noch gar nicht berücksichtigt sind: Wie hoch sind die Kosten für Kindergärten, die aufgrund der Kündigung der Verträge durch die AWO über den Kreis auf die Gemeinde zukommen? Wie entwickelt sich die Einkommenssteuer und Gewerbesteuer wirklich?

Wir von der **FDP** werden uns auf jeden Fall weiter dafür **einsetzen**, dass schon jetzt Maßnahmen eingeleitet werden, die uns mittel- und langfristig wieder die Möglichkeit geben, auf Veränderungen flexibel reagieren zu können und Gestaltungsfreiräume zu bekommen, damit Projekte besonders in den Bereichen

Jugend und Schule
Tourismus und Naherholung
Bauen und Umweltschutz

finanziert werden können, und zwar nicht über weitere Kredite, sondern möglichst aus laufenden Einnahmen. Dazu muss aber die Einsicht bei allen reifen, als erstes die Gemeindefinanzen zu konsolidieren. Wie wir

uns das vorstellen, möchte ich im Folgenden darstellen, zumal der Bürgermeister uns alle in seiner Haushaltsrede **belehrt** hat, „*die Finanzpolitik nicht nur an tagespolitischen und tagesaktuellen Problemstellungen auszurichten*“ und das „*Nein sagen und Blockieren zurückzustellen.*“

Wie von uns schon lange gefordert und von der UWG zur heutigen Sitzung als Antrag eingebracht, schlagen wir vor, den Haushalt 2005 unter folgenden Bedingungen zu verabschieden:

Personal und Personalkosten

1. Es wird eine Strukturanalyse durchgeführt nach dem Vorbild des Rheinisch-Bergischen Kreises mit dem Ziel, die Leistungen der Verwaltung lfd. zu optimieren. Dazu sind in jedem Leistungsbereich **strukturelle Fragen** zu beantworten. Beispielsweise ist zu untersuchen: Muss die Leistung erbracht werden, im derzeitigen Umfang, kann sie evtl. auf Dritte verlagert werden. Außerdem werden **Optimierungsfragen** untersucht wie beispielsweise: Kann der Personaleinsatz optimiert werden, muss die Qualität in heutigem Umfang erreicht werden, kann der Sach- und Fachkosteneinsatz, der Technikeinsatz optimiert werden, können Einnahmen gesteigert werden und die Ausgaben gesenkt oder kann die Leistung ganz oder teilweise intern verlagert oder in Kooperation mit anderen Organisationseinheiten erbracht werden.

2. Bis auf weiteres sollte ein genereller Einstellungsstop gelten mit der Ausnahme, dass weiterhin ausgebildet wird. D. h. ausscheidende Mitarbeiter werden nur dann ersetzt, wenn es nach der Strukturanalyse keine andere organisatorische Möglichkeit gibt.

3. Es sollte bis auf weiteres eine Beförderungssperre eingeführt werden. Ausnahmen beschließt der Rat der Gemeinde.

Durch die vorgenannten Maßnahmen könnten u.E. die Personalkosten optimiert werden. Z.Zt. steigen diese nämlich im Schnitt um rd. 70 Tsd. Euro pro Jahr.

Durch die Zusage der anderen Fraktionen, die Strukturanalyse anzugehen, wird unseres Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Sachkosten

Bei den Sachkosten werden vom Jahr 2003 bis 2005 mehr als das Dreifache der Inflationsrate als Steigerung ausgewiesen. Deshalb sollten die Sachkosten auf Basis des Ergebnisses von 2003 (2004 liegt noch nicht vor) in Höhe von rund 280 Tsd. Euro entwickelt werden.

Das heißt, es sollte ein Anstieg von rund 2 % auf die Gesamtausgaben als Inflationsausgleich festgesetzt werden. Das ergibt für 2005 dann ein Budget in Höhe von rd. 290 Tsd. Euro und somit eine Einsparung von jährlich rd. 23 Tsd. Euro gegenüber dem jetzigen Ansatz.

Diese Maßnahme ist nicht allein unsere Forderung, sondern wurde von der SPD schon im vorigen Jahr in ähnlicher Weise angeregt. Leider erinnert sie sich nun nicht mehr, was sie zu diesem Thema in ihrer Haushaltsrede für 2004 gesagt hat, obwohl angesichts der angespannten Haushaltsslage auch hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Investitionen

Investitionen sollten in den nächsten zwei bis drei Jahren nur in unbedingt erforderlichem Maß durchgeführt und wenn möglich solange gestreckt werden, bis die Kredite auf ein erträgliches Maß reduziert worden sind, da Investitionen in der Regel kreditfinanziert sind.

Wir wissen, dass Investitionen für die Zukunft wichtig sind, fördern sie doch die Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Wenn dafür aber Schulden gemacht werden müssen, wäre angesichts der derzeitigen Lage eine gewisse Einschränkung vertretbar. Denn mit Schulden die Wirtschaft anzukurbeln hat in den vergangenen Jahrzehnten nur schlecht funktioniert.

Finanzierung

Ende 2005 ist ein Schuldenstand von rund 17,2 Mio. Euro für die Gemeinde geplant. Das bedeutet einen Zins- (0,6 Mio. €) und Tilgungsdienst (0,5 Mio. €) von insgesamt 1,1 Mio. Euro pro Jahr.

Einsparungen in den oben genannten Bereichen sollten zur schnelleren Tilgung der Schulden eingesetzt werden. Wir würden sogar für eine Übergangszeit von drei Jahren einer Anhebung der Grundsteuer B zustimmen, obwohl wir schon heute über den fiktiven Hebesätzen wie vom Land vorgegeben liegen.

Nach allen genannten Maßnahmen könnten schrittweise wieder Projekte und Investitionen in den wichtigsten Bereichen der Gemeinde angepackt werden.

1. Bereich Jugend und Schule

Ab 2007 könnten Mittel für den Ausbau der Grundschulen zu Ganztageseinrichtungen bereitgestellt werden. Evtl. sind auch Maßnahmen in den Kindergärten in Richtung stärkerer Ganztagsbetreuung möglich und wenn die ersten Kinder die Grundschulen verlassen, die bis dahin in Ganztagsbetreuung waren, müssen wir uns auch mit dem Gedanken vertraut machen, diese Betreuung auch in den weiterführenden Schulen sicherzustellen.

Es könnten in den Schulen Jugendtreffpunkte eingerichtet werden, für die ein Raum jeweils freizuhalten ist, um ortsnahe Treffen zu ermöglichen.

Die Sportstätten- und -hallen sollten wie in Blecher grundlegend saniert werden. Vielleicht sind auch Spielplatzinvestitionen in Zukunft wieder möglich und investive Maßnahmen für die Sportvereine.

2. Bereich Tourismus und Naherholung

Stärkung der Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketingaktivitäten wären sinnvoll, z.B. zur Ansiedlung von zentralen Funktionen z.B. ein Ärztehaus oder Unternehmen in leerstehenden Immobilien wie dem ehemaligen Postgebäude.

Die Mitfinanzierung von Strukturmaßnahmen im Bereich von Naherholung und Tourismus wie sie in den zur Zeit laufenden Arbeitskreisen bzw. runden Tischen zum Thema Regionale 2010 und Stadtmarketing erarbeitet werden, wären wieder möglich.

3. Bereich Bauen und Umweltschutz

Durch behutsame Ausweisung neuer Nutzungen und Abrundungsmaßnahmen sollte ein sinnvoller Umwelt- und Landschaftsschutz erreicht werden können. Dazu gehört auch die Sanierung und der Ausbau des Rad-, Reit- und Wanderwegenetzes.

4. Finanzen

Könnten wir am Ende den Bürger bei den Gebühren entlasten, wäre das Ziel erreicht.

Im **übrigen** hoffen wir, dass die CDU-Fraktion zu Ihrer Erkenntnis und Einschätzung der Lage steht, die sie in ihrer Rede zum Haushalt 2004 dargestellt hat:

„Wir (d. h. die CDU) haben in der Vergangenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern Bedürfnisse geweckt, die wir in dieser Form in der Zukunft sicherlich nicht mehr erfüllen können. Der heutige Standard kann gegebenenfalls zukünftig nicht gehalten werden, die Zeit des großzügigen Verteilens ist vorbei. Wir alle müssen unser Anspruchsdenken reduzieren, denn einbrechenden Einnahmen stehen ständig neue verordnete Ausgaben entgegen.“

Die FDP-Fraktion wird Sie **alle** in Zukunft immer wieder an diese Worte erinnern!

Die FDP-Fraktion wird der Verabschiedung des Haushalts 2005 insgesamt nur zustimmen, wenn die Mehrheit des Rates folgenden Bedingungen zustimmt wie sie im Antrag der UWG formuliert sind:

- **Durchführung der Strukturanalyse**
- **Beförderungssperre**
- **Einstellungsstop**
- **Beschränkung des Volumens der Kreditaufnahme**

Dem Beigeordneten und allen Mitarbeitern, die uns bei den Haushaltsberatungen unterstützt haben, danke ich an dieser Stelle und Ihnen allen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

FDP-Fraktion

Walter Nobbe
Fraktionsvorsitzender